

Magazin

erwachsenenbildung.at



Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

<https://erwachsenenbildung.at/magazin>

Öffentliche Konsultationen: Ihre Meinung zählt!?

Partizipative Demokratie-Instrumente in der
politischen Erwachsenenbildung

Britta Breser

In der Ausgabe 46, 2022:
„Corona, Demokratie und politische Bildung.
Ansatzpunkte, Deutungen, Zugänge“



Öffentliche Konsultationen: Ihre Meinung zählt!?

Partizipative Demokratie-Instrumente in der politischen Erwachsenenbildung

Britta Breser

Zitation Breser, Britta (2022): Öffentliche Konsultationen: Ihre Meinung zählt!? Partizipative Demokratie-Instrumente in der politischen Erwachsenenbildung. In: Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs. Ausgabe 46, 2022.
Online: <https://erwachsenenbildung.at/magazin/ausgabe-46>.

Schlagworte: politische Erwachsenenbildung, Demokratie-Entwicklung, partizipative Demokratie, öffentliche Konsultationen, Legislativprozess



Abstract

Durch die Maßnahmen gegen die COVID-19-Pandemie, insbesondere das umstrittene Gesetz zur Impfpflicht, geriet in Österreich die Möglichkeit zur politischen Beteiligung in den Fokus der Öffentlichkeit: öffentliche Konsultationen. Diese gibt es sowohl national wie auch auf europäischer Ebene. Seit 2021 kann jede Einzelperson in Österreich Stellung nehmen zu allen Vorlagen der Bundesregierung, zu selbstständigen Anträgen von Abgeordneten oder Ausschüssen auf Erlassung von Gesetzen, zu Gesetzesanträgen des Bundesrats, zu Volksbegehren sowie zu Bürgerinitiativen und Petitionen. Alle Anträge und Vorlagen wie auch alle Stellungnahmen dazu müssen auf der Webseite des Österreichischen Parlaments veröffentlicht werden. So wurden insgesamt 108.325 Stellungnahmen zum Impfpflicht-Gesetzesentwurf abgegeben, großteils von Individualpersonen. Auf europäischer Ebene gibt es etwas Ähnliches schon seit 2003. Der politischen Erwachsenenbildung kommen im Zusammenhang mit öffentlichen Konsultationen eine Reihe von Aufgaben zu: Sie soll zur Entwicklung kritischer politischer Urteilskompetenz beitragen, auf gesellschaftliche Entwicklungen im demokratischen Kontext hinweisen, Trends aufgreifen und kritisch reflektieren, die Potenziale und Grenzen solcher Beteiligungsinstrumente aufzeigen, auf eine ungleiche Verteilung demokratischer Handlungsspielräume aufmerksam machen und nicht zuletzt öffentliche Konsultationen auch explizit als Mittel zur Mitbestimmung für Nicht-Staatsbürger*innen aufbereiten. (Red.)

Öffentliche Konsultationen: Ihre Meinung zählt!?

Partizipative Demokratie-Instrumente in der politischen Erwachsenenbildung

Britta Breser

Aufgrund umstrittener Gesetzesvorhaben im Laufe der COVID-19-Pandemie gerieten – mitunter auch aus demokratischen Überlegungen heraus – Legislativprozesse des Österreichischen Parlaments stärker in den Fokus der Öffentlichkeit.

Im Rahmen dieser neuen Aufmerksamkeit für die Art und Weise der Gesetzgebung sowie für deren Inhalte fand die partizipative Beteiligungsmöglichkeit der öffentlichen Konsultation im institutionellen Begutachtungsverfahren des Österreichischen Parlaments vermehrt Anklang in der Bevölkerung. Sie wurde im öffentlichen Diskurs zum ersten Mal als Instrument der Teilhabe an konkreten Gesetzesvorhaben sichtbar.

Für das Gesetz zur Impfpflicht wurden beispielsweise im Zeitraum vom 16. Dezember 2021 bis 17. Januar 2022 insgesamt 108.325 Stellungnahmen abgegeben, ein bisheriger Rekord. Der Großteil dieser Stellungnahmen kam nicht von Organisationen oder Institutionen, sondern von Individualpersonen. Das inhaltliche Spektrum reichte dabei von (zum Teil gleichlautenden) Protestkundgebungen bis hin zu (technischer) Detailkritik (vgl. APA 2022, o.S.; Republik Österreich/Parlament 2022, o.S.).

Auch auf EU-Ebene werden legislative Vorhaben im Vorfeld ihrer öffentlichen Vorstellung durch die Europäische Kommission und vor Weiterleitung an

die EU-Legislativorgane (Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union) der Bevölkerung zur Konsultation freigegeben.

Zahlreiche Konsultationen fanden auch hier statt, um Rückmeldungen von der europäischen Bevölkerung zu den erarbeiteten Rechtsvorschriften und politischen Vorhaben im Zuge der COVID-19-Pandemie in Erfahrung zu bringen. Darunter befanden sich beispielsweise Maßnahmen aus dem COVID-19-Aufbauplan bzw. der „Europäische Aktionsplan für Demokratie“, um Auswirkungen der COVID-19-Pandemie im Bereich der Justiz und der Grundrechte entgegenzusteuern. Auch legte die Europäische Kommission der Öffentlichkeit Vorschläge zur Überwachung von Hilfsprogrammen oder, als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie, Regelungen des Luft- und Schienenverkehrs bzw. der Handelspolitik wie auch konkrete Regelungen zu Pharmazeutika und im Feld des Verbraucherschutzes zur Konsultation vor (vgl. European Commission 2022, o.S.; Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz 2022, o.S.).

Öffentliche Konsultationen: Details und Neuigkeiten

Österreichisches Parlament

Seit August 2021 ermöglicht das sogenannte „parlamentarische Begutachtungsverfahren“ sowohl Individualbürger*innen als auch Organisationen und Institutionen Stellungnahmen zu allen Vorlagen der österreichischen Bundesregierung, selbständigen Anträgen von Abgeordneten oder Ausschüssen auf Erlassung von Gesetzen, zu Gesetzesanträgen des Bundesrats, Volksbegehren sowie zu Bürgerinitiativen und Petitionen abzugeben. Die Vorlagen und Anträge werden auf der Webseite des Österreichischen Parlaments veröffentlicht, wo diese von der Öffentlichkeit eingesehen werden können und wo die Konsultationsbeiträge gesammelt werden. Zusätzlich kann eine bereits veröffentlichte Stellungnahme auf der Webseite mit einer Zustimmung unterstützt werden.¹

Neu ist dabei die Ausweitung der Begutachtungsmöglichkeit auf den gesamten parlamentarischen Prozess und die Dauer der Begutachtungsfrist. Die Abgabe von Stellungnahmen ist bis zum Abschluss des parlamentarischen Verfahrens möglich (vgl. Republik Österreich/Parlament 2022, o.S.; Republik Österreich/Parlament 2021, o.S.).

Europäische Kommission

Bereits seit 2003 ist auch die Europäische Kommission dazu verpflichtet, im Zuge der Erarbeitung neuer politischer Maßnahmen und Rechtsvorschriften sowohl die organisierte Zivilgesellschaft als auch unorganisierte Bürger*innen über ihre jeweiligen Vorhaben zu informieren und deren Stellungnahmen einzuholen.

Dieses öffentliche Konsultationsverfahren ist im Artikel 11 des EU-Vertrags festgeschrieben und soll die Einbindung von Bürger*innen in die EU-Politik schon vor der Verabschiedung europäischer Regelungen garantieren. Die Rechtsvorschlüsse werden für mindestens zwölf Wochen auf einem Portal der Webseite der Europäischen Kommission zugänglich

gemacht, wo auch die Stellungnahmen eingegeben werden können. Um die Gesetzgebungsqualität zu verbessern, hat die Europäische Kommission die Aufgabe, die Inhalte der Stellungnahmen in die Folgenabschätzungen einfließen zu lassen und den europäischen Legislativorganen (Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union) vorzulegen (vgl. European Commission 2022, o.S.; European Commission 2021, S. 16).²

Relevanz und Aufgaben für die politische Erwachsenenbildung

Ivan Krastev wies 2020 auf einen bedeutsamen Stresstest für Demokratien aufgrund der COVID-19-Pandemie hin: „COVID-19 ist besonders gefährlich für Menschen mit ‚Vorerkrankungen‘, und die liberalen Demokratien des Westens litten im letzten Jahrzehnt unter beträchtlichen Funktionsstörungen“ (Krastev zit.n. Ozsváth 2020, o.S.). Sogenannte demokratische „Auszeehrungserscheinungen“ betreffen vor allem auch die repräsentative Demokratie: Die Beziehungen zwischen politischen Eliten und den Bürger*innen sind, wie Hubert Kleinert schon 2012 konstatierte, gestört, was sich nicht nur in abnehmenden Wahlbeteiligungen manifestiert (vgl. Kleinert 2012, o.S.).

Eine öffentliche Beteiligung an Politik-Prozessen der repräsentativen Demokratie könnte in dieser Krisensituation wieder mehr Bindungskraft zwischen der Gesellschaft und ihren politischen Repräsentant*innen herstellen. Öffentliche Konsultationen könnten demzufolge dazu beitragen, wieder Vertrauen in die Regelungskraft von Politik aufzubauen. Dafür tragen politische Akteurinnen und Akteure sowie die (mediale) Kommunikation mit den Bürger*innen Verantwortung. Aber auch politische Bildungsprozesse wirken bei der Stabilisierung eines demokratischen Gemeinwesens mit.

Politische Erwachsenenbildung bewegt sich hierbei im Spannungsfeld zwischen der Vermittlung von konkreten politischen Verfahren und Institutionen sowie der Sensibilisierung, dass demokratische Prozesse stets unabgeschlossen und veränderbar bleiben müssen: Gesellschaftliches Zusammenleben,

1 Link zur Webseite: <https://www.parlament.gv.at/PERK/BET/PBEST>

2 Link zur Webseite: https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say_en

politisches System und Ordnung sind kontingent (vgl. Gürses 2010, S. 5f.). Folgende Aufgabenfelder lassen sich dementsprechend in politischen Bildungsprozessen bearbeiten:

Urteils- und Handlungskompetenz entwickeln

Da Individualbürger*innen zur Wahrnehmung ihrer Bürger*innenrolle Wissen sowie spezifische Fähigkeiten und Bereitschaften benötigen, wird politische Bildung in demokratischen Gesellschaften als eine grundlegende Aufgabe von Bildungsprozessen verstanden (vgl. Stornig 2021, S. 11). In Zeiten gesellschaftlichen Umbruchs kommt politischer Erwachsenenbildung speziell die Rolle zu, Individualbürger*innen zu (neuen) Räumen der Teilhabe am öffentlichen Leben zu verhelfen. Die Beteiligung an institutionellen Gesetzeststellungsprozessen im Rahmen einer öffentlichen Konsultation erfordert die Entwicklung (kritischer) politischer Urteilskompetenz über diese bestehenden Räume und deren Funktionen, aber auch die Herausbildung konkreter Handlungskompetenz in diesen Räumen (vgl. Krammer 2008, S. 6f.). Das Kompetenz-Strukturmodell von Reinhard Krammer (2008) kann hierbei als Leitlinie zur Zielformulierung politischer Bildungsprozesse dienen.

Demokratische Trends verstärken

Erik Amnå sprach 2010 von „stand-by citizens“: Je nach Anlass wechseln Bürger*innen vom „Stand-by-Modus“ in den „Aktiv-Modus“ (vgl. Amnå 2010, S. 199f.). Die Stellungnahmen zu den COVID-19-Regelungen haben gezeigt, dass Ereignisse, die Betroffenheit hervorrufen, besonders für die Inanspruchnahme partizipativer Demokratie-Instrumente mobilisieren können. Auch die Digitalisierung bietet Mobilisierungspotenziale. Die politische Erwachsenenbildung dient dabei als ein wichtiger Verstärker, um auf diese gesellschaftlichen Entwicklungen im demokratischen Kontext hinzuweisen, Trends aufzugreifen und diese in Bildungsprozessen (kritisch) zu reflektieren bzw. weiterzuentwickeln. Ein Sensorium für vielschichtige demokratische Gestaltungsmöglichkeiten sowie für eine „Demokratie im Präsens“ (vgl. Lorey 2020, o.S.) aufzubauen, könnte ein dementsprechendes Ziel politischer Bildungsprozesse sein.

Grenzen und Kritik aufzeigen

Thomas Stornig warnt vor einer Überhöhung des Ideals demokratischer Bürger*innenschaft, „wenn aufgrund der Fülle an Zielvorstellungen das tatsächlich Erreichbare aus dem Blickpunkt gerät“ (Stornig 2021, S. 26). Für die politische Erwachsenenbildung heißt dies, nicht nur über Potenziale partizipativer Demokratie-Instrumente zu sprechen, sondern auch über Grenzen zu informieren und Kritik aufzuzeigen. Dies kann bedeuten, auf institutionelle Schwächen (z.B. Verarbeitungsprozess als Black Box?, Bloß ein Instrument zur Legitimitätsverstärkung?) oder auf begrenzte Kapazitäten der Bürger*innen aufmerksam zu machen (z.B. mangelndes Wissen über politische Inhalte und Prozesse, fehlende Interaktionsmöglichkeiten mit politischen Repräsentant*innen für Nachfragen und Deliberation) (vgl. Breser 2016, S. 108-111).

Exklusionsprozesse bearbeiten

In Bezug auf die öffentlichen Konsultationen zu den COVID-19-Maßnahmen haben unter anderem (organisierte) Impfgegner*innen institutionelle Teilnehmungsplattformen entdeckt, um – zusätzlich zu Demonstrationen – gegen politische Vorhaben zu mobilisieren (vgl. Pflügl/Scherndl 2021, o.S.). Politische Erwachsenenbildung hat diesbezüglich die Aufgabe, das demokratische Feld nicht bloß spezifischen Gruppen oder jenen Individualbürger*innen zu überlassen, die mit Lobbys vernetzt sind. Sie hat einerseits die Aufgabe, auf eine ungleiche Verteilung demokratischer Handlungsspielräume aufmerksam zu machen, andererseits einer möglichst breiten Vielfalt an Bevölkerungsgruppen Zugang zu demokratischer Teilhabe zu eröffnen. In der Konzeption und Durchführung von Bildungsprozessen sind daher vor allem jene mitzudenken, die aus politischen Prozessen ausgeschlossen werden.

Gesellschaftspolitisch positionieren

Die Demokratiefähigkeit von Partizipationsverfahren bemisst sich laut Wolfgang Merkel speziell daran, inwiefern diese Verfahren soziokulturelle Veränderungen wahrnehmen (vgl. Merkel 2016, o.S.). Nimmt die politische Erwachsenenbildung jenen in Österreich immer größer werdenden Bevölkerungsteil in den Blick, der aufgrund von

Migration und fehlender Staatsbürgerschaft von demokratischer Beteiligung an Wahlen ausgeschlossen ist (siehe Valchars/Bauböck 2021), könnte das einerseits bedeuten, demokratische Folgen und Auswirkungen zu diskutieren und zu begründeten Positionierungen anzuleiten. Andererseits könnten öffentliche Konsultationen explizit als Mittel zur Mitbestimmung institutioneller Prozesse in unterschiedlichen Bildungsformaten und Medien für Nicht-Staatsbürger*innen aufbereitet werden:

Durch die Teilnahme an institutionellen Konsultationsprozessen können aus einer Bildungsperspektive heraus Zugehörigkeit und demokratische Ermächtigung entstehen.

Annette Sprung forderte diesbezüglich: „*Daher bedarf es adäquater Angebote, um rechtliche Grundlagen des Zusammenlebens bzw. Systeme zu kennen und zu verstehen*“ (Sprung zit.n. Frei/Kulmer 2016, o.S.).

Literatur

- Amnå, Erik (2010):** Active, passive, or stand-by citizens?: Latent and manifest political participation. In: Ders. (Hrsg.): *New forms of citizen participation: Normative implications*. Baden-Baden: Nomos, S. 191-203.
- APA (2022):** Impfpflicht-Begutachtung brach Beteiligungsrekord. In: *Der Standard*, vom 11.01.2021. Online: <https://www.derstandard.at/story/2000132451668/impfpflicht-begutachtung-brach-beteiligungsrekord> [Stand: 2022-06-06].
- Breser, Britta (2016):** Ein Stimmrecht, aber keine Stimme? Zur Beteiligung der unorganisierten Bürgerschaft an EU-Governanceprozessen. Wien/Graz: Neuer Wissenschaftlicher Verlag.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2022):** Konsultationen. Online: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Europa/bessere-rechtsetzung-konsultationen.html> [Stand: 2022-06-06].
- European Commission (2021):** Commission Staff Working Document. Better Regulation Guidelines SWD (2021) 305 final. Online: https://ec.europa.eu/info/law/law-making-process/planning-and-proposing-law/better-regulation-why-and-how/better-regulation-guidelines-and-toolbox_de [Stand: 2022-01-20].
- European Commission (2022):** Recht: Ihre Meinung zählt. Online: https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say_en [Stand: 2022-06-06].
- Frei, Wilfried/Kulmer, Karin (2016):** „Es reicht nicht, ein paar neue Kurse anzubieten.“ Interview mit Bildungswissenschaftlerin Annette Sprung. Portal erwachsenenbildung.at. Online: <https://erwachsenenbildung.at/aktuell/nachrichten/10801-es-reicht-nicht-ein-paar-neue-kurse-anzubieten.php> [Stand: 2022-06-06].
- Gürses, Hakan (2010):** Das Politische (in) der politischen Bildung. In: *Magazin erwachsenenbildung.at*, Ausgabe 11. Online: <http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/10-11/meb10-11.pdf> [Stand: 2022-06-06].
- Kleinert, Hubert (2012):** Krise der repräsentativen Demokratie? In: *APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte*. Online: <https://www.bpb.de/apuz/144105/krise-der-repraesentativen-demokratie> [Stand: 2022-06-06].
- Krammer, Reinhard (2008):** Die durch politische Bildung zu erwerbenden Kompetenzen. Ein Kompetenz-Strukturmodell. Wien: Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur.
- Lorey, Isabell (2020):** *Demokratie im Präsens*. Berlin: Suhrkamp.
- Merkel, Wolfgang (2016):** Krise der Demokratie? Anmerkungen zu einem schwierigen Begriff. In: *APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte*. Online: <https://www.bpb.de/apuz/234695/krise-der-demokratie-anmerkungen-zu-einem-schwierigen-begriff> [Stand: 2022-06-06].
- Ozsváth, Stephan (2020):** Zukunft Europas. Politologe Ivan Krastev skizziert Folgen der Corona-Pandemie. *Deutschlandfunk*, 27.07.2020. Online: www.deutschlandfunk.de/zukunft-europas-politologe-ivan-krastev-skizziert-folgen-100.html [Stand: 2022-06-06].
- Pflügl, Jakob/Scherndl, Gabriele (2021):** Impfung oder Strafe? Die Debatte spitzt sich zu. In: *Der Standard*, vom 10.12.2021. Online: <https://www.derstandard.at/story/2000131826509/impfung-oder-strafe-die-debatte-spitzt-sich-zu> [Stand: 2022-06-06].
- Republik Österreich/Parlament (2021):** Neue Beteiligungsmöglichkeit auf der Webseite des Parlaments. *Parlamentsskorrespondenz* Nr. 939 vom 31.07.2021. Online: https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2021/PK0939/index.shtml [Stand: 2022-06-06].

Republik Österreich/Parlament (2022): Parlamentarisches Begutachtungsverfahren. Online: <https://www.parlament.gv.at/PERK/BET/PBEST/> [Stand: 2022-06-06].

Stornig, Thomas (2021): Politische Bildung im Kontext von Wahlen mit 16. Zur Praxis schulischer Demokratiebildung. Wiesbaden: Springer VS.

Valchars, Gerd/Bauböck, Rainer (2021): Migration & Staatsbürgerschaft. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.



Foto: Karl-Franzens-Universität

Mag.* Dr.* Britta Breser, M.E.S

britta.breser@uni-graz.at
+43 (0)316 380-2363

Britta Breser hat Geschichte, Politikwissenschaft, European Studies und Kommunikation studiert und ist in Lehre und Forschung zur Politischen Bildung und Politikdidaktik an der Karl-Franzens-Universität sowie an der Privaten Pädagogischen Hochschule in Graz tätig. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehört unter anderem die Demokratie-Bildung im transnationalen Kontext. Darüber hinaus hat sie berufliche Erfahrungen bei der Europäischen Kommission in Brüssel, der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik in Wien sowie im Journalismus gesammelt.

Public Consultations: Your Opinion Counts!?

Participatory tools of democracy in adult political education

Abstract

Because of the measures to curb the COVID-19 pandemic, especially the controversial vaccine mandate, the opportunity for political participation has become the focus of the general public: public consultations. They occur at both the national and the European level. Since 2021, every single person in Austria can comment on all federal government bills, independent motions of members of the National Council or committees on the enactment of laws, Federal Council (Bundesrat) bills, petitions for a referendum and citizens' initiatives and petitions. All motions and bills as well as all comments must be published on the website of the Austrian Parliament. A total of 108,325 comments were submitted on the draft of the vaccine mandate, the majority of which were from individuals. Something similar has existed at the European level since 2003. Adult political education has a number of responsibilities in connection with public consultations: It should contribute to the development of critical political judgement skills, point out societal developments in a democratic context, pick up on trends and critique them, indicate the potentials and limits of such participatory tools, draw attention to unequal distribution of democratic spheres of influence and last but not least prepare public consultations explicitly as a means for non-citizens to participate in decision-making. (Ed.)

Impressum/Offenlegung



Magazin erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs
Gefördert aus Mitteln des BMBWF
erscheint 3 x jährlich online, mit Parallelausgabe im Druck
Online: <https://erwachsenenbildung.at/magazin>

Herstellung und Verlag der Druck-Version:
Books on Demand GmbH, Norderstedt

ISSN: 1993-6818 (Online)
ISSN: 2076-2879 (Druck)
ISSN-L: 1993-6818
ISBN: 9783755792864

Projektträger



CONEDU – Verein für Bildungsforschung und -medien
Keplerstraße 105/3/5
A-8020 Graz
ZVR-Zahl: 167333476

Medieninhaber



Bundesministerium für Bildung,
Wissenschaft und Forschung
Minoritenplatz 5
A-1010 Wien



Bundesinstitut für Erwachsenenbildung
Bürglstein 1-7
A-5360 St. Wolfgang

Herausgeber*innen der Ausgabe 46, 2022

Sonja Luksik MA (ÖGPB)
Dr. Stefan Vater (VÖV)

Herausgeber*innen des Magazin erwachsenenbildung.at

MinR Robert Kramreither (BMBWF)

Fachbeirat

Univ.-Prof.* Dr.* Elke Gruber (Universität Graz)
Dr. Lorenz Lassnigg (Institut für Höhere Studien)
Mag. Kurt Schmid (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)
Mag.* Julia Schindler (Universität Innsbruck)
Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)
Mag. Lukas Wieselberg (ORF science.ORF.at und Ö1)

Redaktion

Mag.* Bianca Friesenbichler (Verein CONEDU)
Mag. Wilfried Frei (Verein CONEDU)

Fachlektorat

Mag.* Laura R. Rosinger (Textconsult)

Übersetzung

Übersetzungsbüro Mag.* Andrea Kraus

Satz

Mag.* Sabine Schnepfleitner (Verein CONEDU)

Design

Karin Klier (tür 3))) DESIGN)

Website

wukonig.com | Wukonig & Partner OEG

Medienlinie

„Magazin erwachsenenbildung.at – Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs“ (kurz: Meb) ist ein redaktionelles Medium mit Fachbeiträgen von AutorInnen aus Forschung und Praxis sowie aus Bildungsplanung, Bildungspolitik u. Interessensvertretungen. Es richtet sich an Personen, die in der Erwachsenenbildung und verwandten Feldern tätig sind, sowie an BildungsforscherInnen und Auszubildende. Das Meb fördert die Auseinandersetzung mit Erwachsenenbildung seitens Wissenschaft, Praxis und Bildungspolitik und spiegelt sie wider. Es unterstützt den Wissenstransfer zwischen aktueller Forschung, innovativer Projektlandschaft und variantenreicher Bildungspraxis. Jede Ausgabe widmet sich einem spezifischen Thema, das in einem Call for Papers dargelegt wird. Die von AutorInnen eingesendeten Beiträge werden dem Peer-Review eines Fachbeirats unterzogen. Redaktionelle Beiträge ergänzen die Ausgaben. Alle angenommenen Beiträge werden lektoriert und redaktionell für die Veröffentlichung aufbereitet. Namentlich ausgewiesene Inhalte entsprechen nicht zwingend der Meinung der HerausgeberInnen oder der Redaktion. Die HerausgeberInnen übernehmen keine Verantwortung für die Inhalte verlinkter Seiten und distanzieren sich insbesondere von rassistischen, sexistischen oder sonstwie diskriminierenden Äußerungen oder rechtswidrigen Inhalten solcher Quellen.

Alle Artikel und Ausgaben des Magazin erwachsenenbildung.at sind im PDF-Format unter <https://erwachsenenbildung.at/magazin> kostenlos verfügbar. Das Online-Magazin erscheint parallel auch in Druck (Print-on-Demand) sowie als E-Book.

Urheberrecht und Lizenzierung

Wenn nicht anders angegeben, erscheint die Online-Version des „Magazin erwachsenenbildung.at“ ab Ausgabe 28, 2016 unter der Creative Commons Lizenz CC BY 4.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>).



BenutzerInnen dürfen den Inhalt zu den folgenden Bedingungen verbreiten, verteilen, wiederveröffentlichen, bearbeiten, weiterentwickeln, mixen, kompilieren und auch monetarisieren (kommerziell nutzen):

- Namensnennung und Quellenverweis. Sie müssen den Namen des/der AutorIn nennen und die Quell-URL angeben.
- Angabe von Änderungen: Im Falle einer Bearbeitung müssen Sie die vorgenommenen Änderungen angeben.
- Nennung der Lizenzbedingungen inklusive Angabe des Links zur Lizenz. Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter die dieses Werk fällt, mitteilen.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt. Nähere Informationen unter www.creativecommons.at.

Im Falle der Wiederveröffentlichung oder Bereitstellung auf Ihrer Website senden Sie bitte die URL und/oder ein Belegexemplar elektronisch an magazin@erwachsenenbildung.at oder postalisch an die angegebene Kontaktadresse.

Kontakt und Hersteller

Magazin erwachsenenbildung.at
Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs
p. A. CONEDU – Verein für Bildungsforschung und -medien
Keplerstraße 105/3/5, A-8020 Graz
magazin@erwachsenenbildung.at